

Fraktion **direkt**

50 | 18. Dezember 2015

Zur Lage

Ein guter Abschluss in einem schwierigen Jahr Die Herausforderungen bleiben

Am Ende eines Jahres ist regelmäßig die Klage zu hören, dass die vergangenen zwölf Monate besonders schwierig gewesen seien. Mitunter ist das übertrieben, mitunter ist diese Aussage nur so zu verstehen, dass man die jüngsten Belastungen meist frischer in Erinnerung hat als die lange vergangenen.

Dennoch gibt es wohl kaum jemanden, der sich nicht der Aussage anschließen würde, dass 2015 eines der politisch aufreibendsten Jahre der jüngeren Vergangenheit gewesen ist. Der Ukraine-Konflikt, die Griechenland-Krise, der islamistische Terror und die Flüchtlingsbewegung – selten stand die deutsche Politik vor solch vielfältigen Herausforderungen. Immerhin kann man heute aber sagen, dass der Ukraine-Konflikt zumindest eingedämmt ist und Griechenland als Euro-Land wieder auf einen vernünftigen Kurs gebracht wurde. Dazu hat in beiden Fällen unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel entscheidend beigetragen.

*„Deutschland steht wie kein
anderes Land für Humanität“*

Die anderen beiden Herausforderungen bleiben uns jedoch auch 2016 erhalten. Dennoch glaube ich, dass wir von einem guten Abschluss dieses schwierigen Jahres sprechen können. Deutschland ist wie kein anderes Land der Welt in den vergangenen Monaten seinem Anspruch gerecht geworden, für Humanität zu stehen. Aber wir wissen auch, dass die Entwicklung in den nächsten Jahren nicht so weitergehen kann. Wir werden die Zahl der Flüchtlinge verringern müssen.

In dieser Hinsicht besteht allerdings auch Hoffnung. Im Inland wird viel davon abhängen, ob die Abschiebung derjenigen Flüchtlinge, die kein Bleiberecht haben, konsequent vollzogen wird. Die Länder, deren Aufgabe dies ist, scheinen langsam auch die Notwendigkeit einzusehen.



Foto: Laurence Chalperon

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Wichtiger ist aber, dass die Türkei nun häufiger gegen Schleuser vorgeht. Auch der Kampf gegen den Terror wird uns weiter fordern. Immerhin wird die Allianz, die sich gegen den sogenannten Islamischen Staat stellt, immer größer.

In der Union und in der Bundestagsfraktion wurde zuletzt viel über die richtigen Antworten auf die Flüchtlingsbewegung diskutiert. Auf dem CDU-Parteitag haben wir nun eine gemeinsame Position formuliert, die auch von der Schwesterpartei CSU mitgetragen wird. Nicht mehr und nicht weniger hatten die Bürger von uns erwartet. Sie schauen immer vertrauensvoll auf die Union, wenn es schwierige Situationen zu meistern gilt. Der Parteitag seinerseits war auch ein einziger Vertrauensbeweis für die Kanzlerin. Vor diesem Hintergrund können wir zuversichtlich in die kommenden Monate gehen. Ich wünsche Ihnen gesegnete Weihnachten und ein gutes 2016.

Volker Kauder

Ein guter Abschluss in einem schwierigen Jahr	1
Wissenschaftlicher Nachwuchs braucht Verlässlichkeit	2
„Abschottung ist keine vernünftige Option“	3
„Wir sind in Afghanistan noch nicht am Ziel“	4
Nachhaltigkeit: Weitere Anstrengungen nötig	5
Historische Wende in der Klimapolitik	6
Kauder fordert Solidarität in Europa	7
Letzte Seite	8

Wissenschaftlicher Nachwuchs braucht Verlässlichkeit

Bessere Verträge in der Forschung



Foto: Dominik Butzmann

Michael Grosse-Brömer
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

mit dem Änderungsgesetz nun Fehlentwicklungen in der Befristungspraxis entgegen, ohne die in der Wissenschaft erforderliche Flexibilität zu beeinträchtigen.

Wichtig ist, dass die Karrierewege unterhalb der Professorenebene künftig verlässlicher werden. Im Moment handelt sich gerade das wissenschaftliche Nachwuchspersonal häufig durch eine Kette von Kurzzeitverträgen. Wir wollen, dass die Vertragslaufzeiten an das Qualifizierungsziel angepasst werden, wobei gleichzeitig auch Abweichungen im Interesse der Mitarbeiter möglich sein müssen.

Milliarde für Personaloffensive

Wir wissen aber auch, dass dieses Änderungsgesetz nur ein kleiner Schritt auf dem Weg zur Stärkung des wissenschaftlichen Nachwuchses ist. Bereits im April dieses Jahres hat die Koalition beschlossen, eine Milliarde Euro über zehn Jahre zur Verfügung zu stellen, um eine Personaloffensive in der Wissenschaft starten zu können. Am sinnvollsten wäre es aus Sicht der Union, mit diesen Mitteln ein Bundesländer-Programm zur Förderung von Tenure-Track-Professuren, also Bewährungsstellen vor einer festen Professur, an Universitäten aufzulegen.

Die Schaffung von guten Karrieremöglichkeiten für den wissenschaftlichen Nachwuchs ist auch deshalb wichtig, weil wir nach wie vor mit den Universitäten im englischsprachigen Raum, vor allem in den USA, um die besten Kräfte konkurrieren. Auch an deutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen muss ein sicheres, unterstützendes Umfeld geschaffen werden, in dem sich Wissenschaftler auf die Forschung konzentrieren können. Davon profitieren nicht nur die Institutionen selbst, sondern am Ende auch der Wissenschafts- und Forschungsstandort Deutschland.

Dank der Union ist Deutschland seit Jahren im Bereich Bildung und Forschung sehr gut aufgestellt und erfolgreich. Wir haben seit 2005 die Haushaltsmittel für Bildung und Forschung verdoppelt. Und wir haben bereits weitere Investitionen im Blick. Wir wissen aber auch, dass die finanzielle Ausstattung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen allein nicht ausreicht, um den Spitzenplatz in der Wissenschaft zu halten. Es braucht auch gut ausgebildetes Personal, das unter angemessenen Vertragsbedingungen entsprechende Forschungsergebnisse abliefern kann. In den vergangenen zehn Jahren ist auch eine Fülle neuer Stellen in der Wissenschaft entstanden, unter anderem im Rahmen des Hochschulpaktes, der Exzellenzinitiative und des Paktes für Forschung und Innovation. Nicht beabsichtigt war allerdings, dass die Hälfte der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit ihrem ersten Vertrag kürzer als ein Jahr angestellt sind.

Das novellierte Wissenschaftszeitvertragsgesetz sieht eine Verbesserung der Beschäftigungssituation des wissenschaftlichen Personals vor. Damit setzen wir eine weitere Vereinbarung des Koalitionsvertrages um. Wir treten

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

„Abschottung ist keine vernünftige Option“

Merkel ruft EU zu Kompromissfähigkeit und Solidarität auf – Europäische Antwort auf die Flüchtlingskrise gefordert

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die Europäische Union zu Kompromissfähigkeit und Solidarität aufgerufen. In ihrer Regierungserklärung zum Europäischen Rat sagte Merkel am Mittwoch im Bundestag, angesichts der globalen Herausforderungen – darunter die Flüchtlingskrise und der islamistische Terror – dürfe Europa nicht der Versuchung erliegen, in nationalstaatliches Handeln zurückzufallen. Merkel äußerte auch die Hoffnung, dass es gelingen werde, Großbritannien in der Europäischen Union zu halten.

„Abschottung ist im 21. Jahrhundert keine vernünftige Option“, sagte Merkel. Keinem EU-Land könne es alleine gelingen, sich im internationalen Wettbewerb zu behaupten, den Terrorismus zu besiegen oder den Klimawandel aufzuhalten, sagte sie. Als wichtigste Errungenschaften, die es zu wahren gelte, nannte sie die gemeinsame Währung und die offenen Binnengrenzen. Davon profitiere insbesondere Deutschland.

CDU/CSU-Fraktionschef Volker Kauder versprach der Kanzlerin Unterstützung in dem Bemühen, Europa wieder in einen besseren Zustand zu versetzen. Er wies vor allem den Nationalstaaten die Verantwortung dafür zu, dass Europa in einer beklagenswerten Lage sei. So sei es nicht akzeptabel, dass beispielsweise die Slowakei vor dem Europäischen Gerichtshof dagegen klagte, Flüchtlinge aus anderen EU-Mitgliedstaaten aufnehmen zu müssen. Nach EU-Beschluss sollen 160.000, hauptsächlich in Griechenland und Italien gestrandete Flüchtlinge, innerhalb der EU umverteilt werden.

Die Flüchtlingskrise kann aus Sicht der Kanzlerin nicht alleine auf nationaler Ebene bewältigt werden. Es brauche Antworten auf europäischer und internationaler Ebene, betonte sie. So bedürfe es eines effektiven Schutzes der EU-Außengrenzen sowie eines dauerhaften und verbindlichen



Foto: picture alliance / dpa

Bundeskanzlerin Angela Merkel bei ihrer Regierungserklärung zum Europäischen Rat

Mechanismus für die Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der EU. Gerade letzteres sei elementar für die europäische Solidarität.

CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt sagte, sie wünsche sich mehr Solidarität, als bisher von einigen Mitgliedstaaten zum Ausdruck gebracht worden sei. „Europa ist nicht nur eine Zugewinnsgemeinschaft, sondern in erster Linie eine Wertegemeinschaft.“

Befugnisse von Frontex ausbauen

Merkel stellte sich hinter den jüngsten Vorschlag der EU-Kommission, die Befugnisse der gemeinsamen Grenzschutzagentur Frontex auszubauen, auch wenn mit dem Grenzschutz die nationalstaatliche Souveränität berührt sei. Sie werde sich dafür einsetzen, dass der Vorschlag möglichst schnell umgesetzt werde. Unter anderem sieht die Kommission vor, dass Frontex auch ohne Zustimmung eines Mitgliedstaates dessen EU-Außengrenze sichern kann, wenn dieser Staat dazu alleine nicht in der Lage ist.

Die Kanzlerin hob auch die Rolle der Türkei bei der Sicherung der EU-Außengrenzen hervor. „Die Türkei ist und bleibt ein Schlüsselpartner“, sagte sie. Wenn es gelinge, die illegale Einwanderung über die türkische See- und Landgrenze zu Griechenland einzudämmen, könne man über Kontingente Möglichkeiten der legalen Zuwanderung nach Europa schaffen. „Es gibt nicht die eine Lösung“, betonte Merkel. Man müsse an vielen Stellen gleichzeitig ansetzen.

Großbritannien in der EU halten

Angesichts des 2016 oder 2017 bevorstehenden Referendums im Vereinigten Königreich über einen Verbleib in der EU sagte Merkel: „Deutschland wünscht sich, dass Großbritannien dauerhaft aktiver Partner in einer starken Europäischen Union bleibt.“ Davon profitiere nicht nur Großbritannien selbst, sondern auch die EU als Ganzes. Bei allem Willen zu einer Lösung stünden europäische Errungenschaften wie die Freizügigkeit und die Nichtdiskriminierung der Bürger allerdings nicht zur Disposition.

„Wir sind in Afghanistan noch nicht am Ziel“

Henning Otte über die Verlängerung der Ausbildungs- und Beratungsmission – Stabilisierung nicht gefährden



Foto: Laurence Chaperon

Henning Otte
Verteidigungspolitischer Sprecher
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Der Bundestag hat am Donnerstag die Verlängerung des Bundeswehr-Einsatzes in Afghanistan beschlossen. Über die Lage in Afghanistan und die NATO-geführte Mission „Resolute Support“ zur Unterstützung der einheimischen Sicherheitskräfte sprach „Fraktion direkt“ mit dem verteidigungspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Henning Otte, der in der vergangenen Woche gemeinsam mit Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen vor Ort war.

Herr Otte, wie konnte es zu dieser Verschlechterung der Sicherheitslage in Afghanistan kommen? Ist die ISAF-Mission zu früh beendet worden?

Otte: Die radikalen Kräfte der Taliban versuchen immer wieder, die Entwicklung Afghanistans zu stören. Der angekündigte Rückzug der internationalen Gemeinschaft hat die Taliban aus der Reserve gelockt und gleichzeitig die afghanischen Sicherheitskräfte in eine Abwartehaltung versetzt. Damit wollten diese wohl auch ihre Ressourcen schonen.

Aber allein mit der Rückeroberung der Stadt Kundus haben die afghanischen Streitkräfte kürzlich gezeigt, dass sie grundsätzlich in der Lage sind, selbst für Sicherheit im Land zu sorgen. Gleichzeitig gab es Ereignisse, die uns zeigen, dass sie weiterhin Unterstützung brauchen.

Die Fortsetzung des Aufbaus von schlagkräftigen und gut ausgebildeten Streitkräften ist für die Sicherheit und die wirtschaftliche Entwicklung des Landes unabdingbar. Diese Unterstützung darf jedoch nicht an einen Zeitplan gekoppelt sein, sondern muss sich an der tatsächlichen Sicherheitslage orientieren.

Statt – wie geplant – 2016 den Rückzug einzuleiten, wollen die internationalen Truppen unter Führung der NATO die afghanischen Sicherheitskräfte nun länger unterstützen. Was versprechen Sie sich davon?

Otte: Afghanistan darf nicht wieder zu einem Rückzugs- und Ausbildungsort für Terroristen werden. Im letzten Jahrzehnt konnte die internationale Staatengemeinschaft vieles verbessern, aber am Ziel ist Afghanistan noch lange nicht. Auf dem Weg zu mehr Stabilität und Sicherheit werden wir das Land deshalb auch in Zukunft begleiten. Wenn wir unser Engagement zu schnell beenden, würden wir diese Entwicklung gefährden.

Die internationale Staatengemeinschaft wird daher auch künftig beim Aufbau helfen sowie die Sicherheitskräfte mit militärischem Engagement unterstützen. Nach dem Ende der ISAF-Kampfmission erhalten die Afghanen nun mit „Resolute Support“ die noch notwendige Ausbildung und Beratung, damit sie künftig selbst für ihre Sicherheit sorgen können.

Die Bundeswehr stockt die Zahl ihrer Soldaten für „Resolute Support“ von 850 auf

980 auf. Für welche Aufgaben werden die zusätzlichen Soldaten eingesetzt?

Otte: Mit der Erhöhung der Personalobergrenze gewinnt die Bundeswehr die notwendige Flexibilität, um auf Fähigkeitsdefizite der afghanischen Streitkräfte besser reagieren zu können. Wir wollen sie beraten, wie sie ihre Fähigkeit zur Planung und Führung von Operationen optimieren können. Wir prüfen auch, wie wir die afghanische Luftwaffe intensiver beraten können.

„Belastung der Bundeswehr nicht überdehnen“

Die Bundeswehr beteiligt sich nun am Kampf gegen den „Islamischen Staat“ in Syrien und auch in Mali soll sie sich mehr engagieren. Ist die Belastungsgrenze erreicht?

Otte: Wenn wir die Auswirkungen internationaler Konflikte von Deutschland und Europa fernhalten wollen, müssen wir in den Krisenregionen für Stabilität sorgen. Neben der Flüchtlingshilfe und den internationalen Mandaten nimmt die Bundeswehr auch im Rahmen der NATO Aufgaben wahr, die sie sehr beanspruchen. Insgesamt müssen wir daher einer Überdehnung vorbeugen.

Künftig ist ohnehin eher von einer stärkeren als von einer geringeren Beanspruchung auszugehen. Mit einer stärkeren personellen, finanziellen und materiellen Ausstattung kann die Bundeswehr die ihr übertragenen Aufgaben besser bewältigen. Wir sollten auch bedenken: Nur wer sich an internationalen Aufgaben beteiligt, kann politisch Einfluss geltend machen.

Nachhaltigkeit: Weitere Anstrengungen nötig

Bundestag debattiert aktuellen Stand anhand von Kennziffern – Internationale Agenda 2030 umsetzen



©Gina Sanders - Fotolia.com

Armut bekämpfen, die Gesundheitsversorgung verbessern, Bildungschancen erhöhen – das sind nur drei von 17 Zielen, die sich die internationale Gemeinschaft in ihrer Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung gesetzt hat. Deutschland ist entschlossen, seinen Beitrag zum Gelingen dieser Agenda zu leisten. Der Bundestag debattierte am Freitag über die Stellungnahme des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung zum Indikatorenbericht 2014 des Statistischen Bundesamtes. Dabei ging es vornehmlich um eine selbstkritische Einschätzung, wie erfolgreich die Maßnahmen Deutschlands auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung sind. Die Kennziffern zeigen, dass – bei allen Fortschritten der vergangenen Jahre – noch weitere Anstrengungen notwendig sind.

Positive Trends gibt es etwa beim Ausbau der erneuerbaren Energien, dem Abbau öffentlicher Schulden, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch Ganztagsbetreuung für Kinder und dem Beschäftigungsniveau, das so hoch ist wie nie zuvor. Dementgegen zeigen die Indikatoren für die Bereiche Artenvielfalt, Mobilität sowie Zukunftsinvestitionen Handlungsbedarf. Darüber hinaus gibt es vieles, das sich zwar

in die richtige Richtung entwickelt, allerdings nur langsam. Bei der Steigerung der Energie- und Rohstoffproduktivität, der Senkung des Primärenergieverbrauchs, der Minderung des Flächenfraßes sowie der Förderung der Gleichstellung sind deshalb weitere Anstrengungen notwendig.

Für 2016 hat die Bundesregierung angekündigt, die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie fortschreiben zu wollen. Die CDU/CSU-Fraktion sieht darin einen geeigneten Rahmen für die Umsetzung der von den Vereinten Nationen am 25. September 2015 verabschiedeten Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Mit den dort formulierten 17 globalen Nachhaltigkeitszielen und ihren 169 Unterzielen verändern sich wiederum die Anforderungen an die deutsche Nachhaltigkeitspolitik.

Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie fortschreiben

Deutschland sollte nach Auffassung der Unionsfraktion bei der Umsetzung ambitioniert vorgehen, bewährte Nachhaltigkeitsziele beibehalten, aber – wo immer notwendig – Weiterentwicklungen zulassen. In die neue Nachhaltigkeitsstrategie für 2016

sollte daher der nachhaltige Konsum, die Bekämpfung von Armut und Ungleichheit, der Schutz der Ozeane oder die Versorgung mit Wasser in guter Qualität aufgenommen werden. Eine generelle Ausweitung der derzeit 38 nationalen Nachhaltigkeitsindikatoren auf die 169 Ziele der Agenda 2030 wäre jedoch nicht zielführend. Deutschland würde dadurch in Teilen hinter den eigenen Vorgaben bleiben. Zudem bestünde die Gefahr, dass aufgrund der Menge der Unterpunkte wichtige Themen zu wenig Aufmerksamkeit bekämen. Zum Gelingen einer nachhaltigen Entwicklung muss sich nach Ansicht des Parlamentarischen Beirates das Zusammenspiel der Akteure aus den Bundesministerien, den Ländern und Kommunen sowie letztlich auch der EU dringend verbessern.

Die CDU/CSU-Fraktion begrüßt in diesem Zusammenhang die Bemühungen der Bundesregierung zur Weiterentwicklung der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie von 2006 unter systematischer Einbeziehung der globalen Nachhaltigkeitsziele. Dies würde den EU-Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der Agenda 2030 in nationale Nachhaltigkeitsstrategien helfen.

Historische Wende in der Klimapolitik

Abkommen von Paris setzt ehrgeizige Ziele für die Weltgemeinschaft

Ambitioniert, transparent und verbindlich – so lauteten im Vorfeld der UN-Klimakonferenz in Paris die Erwartungen an ein Nachfolgeabkommen des Kyoto-Protokolls von 1997. Nach den gescheiterten Bemühungen in Kopenhagen 2009 wollte die Staatengemeinschaft dort endlich einen gangbaren Weg zur Bekämpfung des menschengemachten Klimawandels einschlagen. Am vergangenen Samstag einigten sich die Vertragsstaaten nun auf einen Text, der die weltweite Wende in der Klimapolitik einläutet. Die CDU/CSU-Fraktion, die mit einer Delegation von Umweltpolitikern bei der Klimakonferenz vertreten war, bewertete das Abkommen als historisch.

„Der gute Wille war von Anfang an zu spüren“, schilderte der CDU-Abgeordnete Carsten Müller die Stimmung in Paris. „Die deutsche Entschlossenheit beim Klimaschutz und das vorbildliche Engagement der unionsgeführten Bundesregierung hat dazu beigetragen, das Eis zu brechen.“ Sein Fraktionskollege Klaus-Peter Schulze fand es spannend, mit Parlamentariern aus aller Welt zu diskutieren. „Die Stimmung war geprägt von großem gegenseitigen Respekt.“

Finanzielle Unterstützung für die ärmeren Länder

Über zwei Wochen arbeiteten Verhandlungsdelegationen der 195 Vertragsstaaten am Textentwurf für das Abkommen, das den verbindlichen Rahmen für die künftige Klimapolitik setzt. Der Vertrag, der 2020 in Kraft treten soll, setzt das Ziel, die globale Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad Celsius im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter zu begrenzen – möglichst sogar auf 1,5 Grad.

Auch nimmt der Vertrag die schon nicht mehr vermeidbaren Folgen des Klimawandels in den Blick, unter denen vor allem die armen und besonders verletzlichen Staaten leiden. Deshalb sind die Industriestaaten gefordert, ihr technologisches Know-how an bedürftige Länder weiterzugeben

und sie finanziell zu unterstützen, insbesondere bei der Anpassung an die Folgen des Klimawandels. Ab 2020 wollen sie jährlich mindestens 100 Milliarden Dollar hierfür bereitstellen. Jedoch ermutigt das Klimaabkommen auch andere Vertragsparteien, sich auf freiwilliger Basis dem Engagement der Industrieländer anzuschließen. Die bisherige Unter- teilung der Vertragsstaaten in zwei

Zukunft würden die USA, China, Saudi-Arabien und alle anderen Rechen- schaft darüber ablegen müssen, ob sie ihre Klimaschutzversprechungen erfüllen. „Diese Verlässlichkeit war uns wichtig – im Interesse unserer Kinder und Enkel, aber auch der eigenen Wirtschaft.“

Was in Paris auf internationaler Ebene beschlossen wurde, muss nun in nationale klimapolitische Maßnah-



Foto: picture alliance / abaca

Nach der Einigung auf den finalen Text des Klimaabkommens: mit auf dem Podium (v.r.) der französische Staatspräsident François Hollande, der französische Außenminister und Konferenzleiter Laurent Fabius sowie UN-Generalsekretär Ban Ki Moon

Gruppen – Entwicklungs- und Industrieländer – bricht der Vertrag auf.

„Paris ist erst der Anfang“

Laut Abkommen sollen die Vertragsstaaten in einem fünfjährigen Turnus ihre Klimaschutzbeiträge überprüfen. Anja Weisgerber, Berichterstatterin der Unionsfraktion für Klimaschutz und Obfrau im Umweltausschuss, begrüßt dies: „Wir sind Zeugen eines historischen Ereignisses. Erstmals verpflichten sich nicht nur einige wenige, sondern alle Staaten der Welt wechselseitig zum Klimaschutz.“ In

men übersetzt werden. „Paris ist ein Erfolg – aber das ist erst der Anfang“, sagte Andreas Jung, Klimaschutzbeauftragter der Fraktion. „Jetzt müssen die Nationalstaaten nachziehen.“ Für Deutschland als Vorreiter im Klimaschutz bedeute das: „Wir müssen sicherstellen, dass wir unser Ziel erreichen, den CO₂-Ausstoß bis 2020 um 40 Prozent gemessen an 1990 zu verringern.“ Das heiße unter anderem, dass Deutschland mit der Energiewende noch schneller voranschreiten müsse. „Dazu müssen auch konkrete Pläne für den sukzessiven Ausstieg aus der Kohleverstromung vorgelegt werden.“ Planbarkeit für die Wirtschaft und ein sozialverträglicher Strukturwandel in den betroffenen Regionen seien dabei aber unabdingbar.

Kauder fordert Solidarität in Europa

Rede auf dem CDU-Parteitag in Karlsruhe – Partei in Flüchtlingspolitik geschlossen hinter der Kanzlerin

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, hat von den EU-Staaten mehr Solidarität in der Flüchtlingskrise gefordert. Zum Abschluss des CDU-Parteitages am Dienstag in Karlsruhe sagte Kauder: „Nicht Eigeninteresse, sondern Solidarität bestimmt die Zukunft Europas.“ Den Verlauf des CDU-Parteitags bewertete er ausgesprochen positiv – insbesondere die Geschlossenheit, mit der sich die rund 1.000 Delegierten hinter die Politik von Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Flüchtlingsfrage gestellt haben.

„Wir sind uns der Verantwortung bewusst, in der wir stehen“, sagte Kauder. Im Gegensatz zur SPD, die auf ihrem Parteitag in Berlin vor wenigen Tagen dem Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel eine empfindliche Wahlschlappe beschert hatte, stehe die Union „geschlossen und entschlossen hinter der Bundeskanzlerin“. Kauder bezog sich dabei ausdrücklich auch auf den CSU-Vorsitzenden und bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer, der kurz zuvor zu den Delegierten in Karlsruhe gesprochen und die gemeinsame Grundüberzeugung von CDU und CSU betont hatte. „Die Menschen spüren, dass es gut ist, dass gerade in dieser schwierigen Zeit die Union regiert“, betonte Kauder.

„Keine einfachen Rezepte“

Seehofer sagte, auf die Flüchtlingskrise gebe es „keine Schwarz-Weiß-Antwort“, zu ihrer Lösung „keine einfachen Rezepte“. Auch Bayern wolle keine Abschottung. Erfreut zeigte er sich darüber, dass die CDU in ihrem Leitanspruch die Botschaft aufgenommen habe, die auch der CSU wichtig sei – dass nämlich eine Zuwanderung in der jetzigen Zahl und Geschwindigkeit



Volker Kauder beim CDU-Parteitag in Karlsruhe

auf Dauer die Belastungsfähigkeit Deutschlands überschreite.

Merkel hatte sich in ihrer Rede zu Beginn des Parteitags am Montag überzeugt gezeigt, dass Deutschland die Flüchtlingskrise bewältigen kann. „Wir Christlichen Demokraten sind im Kern bereit zu zeigen, was in uns steckt.“ Gleichzeitig sprach sie die Sorgen der Bürger an, dass auch ein starkes Land wie Deutschland mit einer so großen Zahl an Flüchtlingen auf Dauer überfordert sein könne. Der Anspruch müsse aber sein, die Herausforderung anzunehmen und Lösungen zu finden, betonte sie. Wenn die Partei zweifeln würde, dass man das schaffen könne, wäre sie nicht die Christlich Demokratische Union Deutschlands.

Mahnung an die Osteuropäer

Kauder warnte davor, angesichts der Herausforderung durch den Zustrom an Flüchtlingen andere wichtige Aufgaben zu vernachlässigen. So müsse die zentrale Frage gelöst werden, wie Europa wieder stabilisiert werden

könne. Dabei richtete Kauder seine Mahnung vor allem an die osteuropäischen EU-Staaten. Sie könnten nicht einerseits die finanzielle Unterstützung der EU in Anspruch nehmen, andererseits aber Solidarität verweigern, wenn sie von ihnen gefordert werde.

Kauder betonte darüber hinaus die Bedeutung des Schengen-Systems. Niemand profitiere so sehr von offenen Grenzen in Europa wie Deutschlands Wirtschaft. Im Interesse der Wirtschaft warb der Fraktionsvorsitzende auch für den Abschluss des transatlantischen Freihandelsabkommens TTIP. Es gehe darum, in den Verhandlungen der EU mit den USA die europäischen Standards durchzusetzen.

Kauder versprach der Wirtschaft außerdem, in den verbleibenden zwei Jahren der Legislaturperiode auf zusätzliche bürokratische Belastungen zu verzichten. Im Gegenteil: Man wolle Forschung und Innovation fördern, die Wirtschaft auf dem Weg zu einer Industrie 4.0 unterstützen und den Übergang zur E-Mobilität ebnen.

Home Office

Mehr Zeit und Flexibilität für Eltern

Arbeitnehmer, insbesondere Eltern, legen mehr und mehr Wert auf flexible Arbeitszeiten. Die Digitalisierung der Arbeitswelt bietet Unternehmen und ihren Mitarbeitern genau diese Chance. Dass Eltern etwa am Computer von zu Hause aus arbeiten können, erleichtert ihnen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Auf dem CDU-Parteitag in Karlsruhe verabschiedeten die Delegierten einen Antrag zur Öffnung der Unternehmen für neue Arbeitsstrukturen und Organisationsformen. Die Familienpolitiker der Fraktion begrüßen den Antrag.

Marcus Weinberg, familienpolitischer Sprecher der Unionsfraktion, erklärte, die Union orientiere sich damit an den Wünschen von Familien. Nun gelte es, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass noch mehr Eltern von der digitalen Transformation profitieren könnten. Auch der zuständige Berichterstatter der Arbeitsgruppe Digitale Agenda, Maik Beermann, fordert mehr individuelle Freiheit bei der Gestaltung des Arbeitsalltags. Die digitale Transformation sei „ein Schlüssel zu einer besseren Vereinbarkeit im Sinne der Familien“. Wichtig sei, dass die positiven Auswirkungen der digitalen Revolution auf möglichst viele Arbeitsbereiche ausgedehnt würden.

„Instrument mit großem Potenzial“

Einer von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen Studie zufolge würde nahezu jedes dritte Elternpaar mit minderjährigen Kindern gern ein Angebot zum Home Office nutzen. 2015 macht aber nicht einmal jede



Foto:goodluz - Fotolia.com

Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cduscu.de/newsletter abonnieren.

Termine www.cduscu.de/veranstaltungen

- 13. Januar 2016 Demografie-Kongress
- 25. Januar 2016 Fachgespräch Syrien

zehnte Familie davon Gebrauch. Doch diejenigen, die das Angebot nutzen, können der Studie zufolge sehr gut ihren beruflichen Verpflichtungen nachkommen – ohne dass die Familie darunter leidet. „In keinem anderen diskutierten familienpolitischen Instrument liegt ein vergleichbar großes Potenzial, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu stärken“, schlussfolgert Weinberg.

Weniger Arbeitswege – Große Zeitersparnis

Laut Studie können Arbeitnehmer mit einer Home-Office-Regelung Zeit ge-

winnen: rund 4,5 Stunden pro Woche allein durch den Wegfall von Arbeitswegen. Die gewonnene Zeit nutzen sie vor allem für die Familie, insbesondere zur Entlastung des anderen Elternteils. „Wer also will, dass Mütter mehr in ihrem Beruf arbeiten können, der muss Vätern die Möglichkeit zum Home Office geben“, erklärte Beermann. Er sprach sich auch gegen starre Vorgaben im Arbeitszeitgesetz aus. Diese würden nur dazu führen, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in einer Gesellschaft im digitalen Wandel erschwert werde.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet
www.cduscu.de
Der Blog der CDU/CSU-Fraktion
blogfraktion.de
Fraktion direkt
www.cduscu.de/fd



www.facebook.com/cdusubundestagsfraktion



www.youtube.com/cduscu



twitter.com/cdusubt